Matthias Theodor Vogt 2. April 2017

Die Ankommenden

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und (kulturelle) Integration

Die Bundesrepublik Deutschland wurde 1949 bewusst als „Staatsfragment“ gegründet mit einem schwer verständlichen „Offensein, [das] nicht durch sich selber ausgeschlossen ist“, so Carlo Schmid. Sie wurde 1990 lediglich räumlich erweitert unter Ausklammerung vieler Problemkreise und unter Aussetzung einer vertieften Verfassungsdiskussion. Ein Vierteljahrhundert nach Wiedervereinigung und Vertrag von Maastricht ist die Bundesrepublik derzeit zum Schauplatz einer intensiven Auseinandersetzung um die geistigen und normativen Grundlagen unseres Zusammenlebens geworden. Das Flüchtlingsgeschehen 2015 war nur ihr Auslöser, nicht ihr Grund.

Grundsätzlich ist eine solche Auseinandersetzung auch notwendig. Eine parlamentarische Demokratie gelangt jedoch dann an ihre Grenzen, wenn die Vielschichtigkeit der gesellschaftlichen Transformationsprozesse nicht hinreichend abgebildet wird in zyklisch-ritualisierten Wahlkämpfen, vom einfachen Wechsel gemäßigt-konservativ zu gemäßigt-sozialistisch (wie nach 1968 im Westen, zurück dann 1982 und wieder zurück 1998), von medialen Großerzählungen. 2017 zeigt die „paneuropäische Union der Nationalisten“ (wiederum wie um 1930) in Polen, in Ungarn, in der Türkei, diesmal auch der Brexiteers, welche Ausnahme eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung ist, die allen Bürgern ein gemeinsames Haus auf der Grundlage gemeinsam geteilter Werte und ohne den Popanz einer singulären, sakral überhöhten Nationalkultur anzubieten vermag.

An kaum einer Stelle der Bundesrepublik wird das Maß der Aufkündigung gesellschaftlichen Zusammenhalts durch breite Bevölkerungsteile so deutlich wie im Freistaat Sachsen. Heidenau, Bautzen, Schneeberg sind zu Synonymen für eine Subkultur von rechts geworden, Leipzig-Connewitz für eine Subkultur von links, die nicht nur „die staatliche Autorität infrage“ stellen, so Markus Ulbig, sondern weit mehr noch die Grundlagen eines Zusammenlebens auf Basis der Artikel 1 bis 19 des Grundgesetzes, dem Person-Sein aller Menschen, mit oder ohne deutschem Pass.

In Sachsen ist daher Forschung zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und (kultureller) Integration dem staatlichen, kommunalen, korporativen, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Handlungsbedarf besonders nahe. Aus diesem Grund hat sich ein überparteilicher Forschungsverbund von Vertretern der Technischen Universität Chemnitz, der Technischen Universität Dresden, der Universität Leipzig, der Polizeihochschule Rothenburg, der Hochschule Zittau/Görlitz und des Instituts für kulturelle Infrastruktur Sachsen gebildet. Er hat im Herbst 2016 eine erste Bestandsaufnahme von Theorien und Prozessen verbunden mit konkreten

Copyright: Alle Rechte bei Initiative kulturelle Integration

Matthias Theodor Vogt 2. April 2017

Handlungsempfehlungen in Form der Studie „Ankommen in der deutschen Lebenswelt. Migranten-Enkulturation und regionale Resilienz in der Einen Welt“ von Matthias Theodor Vogt, Erik Fritzsche und Christoph Meißelbach vorgelegt.

Ausgangspunkt der Studie war die Bitte der Sächsischen Staatskanzlei, eine Woche nach Heidenau und eine Woche vor dem Budapester Westbahnhof, den Hintergründen sächsischer Fremdenfeindlichkeit nachzugehen. Im Verlauf der Recherchen zeigte sich, dass seitens der Politik und seitens der sozialwissenschaftlichen Theorie das kulturelle Potenzial für gelingende Integration stark unterschätzt wird. Sachsens Landespolitik hat sich seit 1990 um eine Integration ihrer eigenen Bürger in die Wertegemeinschaft der Artikel 1 bis 19 des Grundgesetzes nur unzureichend bemüht. Ohne diese aber gibt es kaum Ansatzpunkte für eine Aufnahme von Fremden als Gleiche. Beheimatung in einer auf „Offenheit“ angelegten Verfassungsstruktur kann einer technizistisch-administrativ angelegten Politik nicht gelingen. Einer retrograd angelegten Kulturpolitik genauso wenig.

In seiner „Ankommens“-Studie plädiert der Forschungsverbund für eine bildungs- und kulturpolitische Befestigung der Einsicht, dass Deutschlands Geschichte eine von Ein-, Durch- und Auswanderung ist, dass Migration der Normalfall ist und dass Innovation und Integration zwei Seiten der gleichen Medaille sind. Eine solche Befestigung in den Vorstellungswelten der Deutschen auf beiden Seiten der Elbe kann nur langfristig und durch eine neuartige, auf die kulturellen Voraussetzungen von Integration setzende Kulturpolitik geschehen. Im Mittelpunkt künftiger Forschungen und kulturpolitischer Handlungsempfehlungen kann daher kein präideologisiertes Multikulti stehen, sondern ein Ringen um Interkulturalität und vor allem um Intrakulturalität. Die Studie „Ankommen in der deutschen Lebenswelt“ ist nur ein Anfang, aber ein mutmachender.

Einen Auszug der Studie finden Sie hier als PDF:
http://kultur.org/uploads/forschungen/merr/Vogt_Ankommen_Auszug-Kulturrat_EJM-2016.pdf

Copyright: Alle Rechte bei Initiative kulturelle Integration